

M₂ Der Sozialstaat als Interventionsmaschine?

„Bedürftigkeit ist mittlerweile zu einem inflationär gebrauchten Begriff geworden. Es kann keine Rede mehr davon sein, dass der Wohlfahrtsstaat allein gegen existenzielle Lebensrisiken versichert. Er mutet sich und den Bürgern vielmehr die Intervention in jeglichem Bereich des sozialen Lebens zu: In den Familien wird zu wenig gelesen und vorgelesen? Man ruft nach mehr Leseförderung. Die Büroarbeit führt zu Bewegungsarmut? Es werden über die Sozialversicherungen bezahlte Trimm-dich-Programme, Gesundheitskurse und Kuren organisiert. Banken arbeiten schlecht? Sie müssen gestützt werden, damit nichts Schlimmeres geschieht. Die Hotellerie leidet? Kann man da nicht etwas mit dem Mehrwertsteuersatz machen?

Die Beispiele genügen vielleicht, um die Kritik der Anspruchsinflation im Wohlfahrtsstaat der ‚sozialen Kälte‘ unverdächtig zu machen. Denn als bedürftig, als Opfergruppe stellen sich im entwickelten Wohlfahrtsstaat schlechterdings alle dar: die Jungen und die Alten, die Waffenhändler und die Weiterbildungsexperten, die Familien und die Einsamen, die Dicken und die Dünnen. Und wer weder dick noch dünn ist, fordert unter Hinweis auf die Unterstützung, die Dicke wie Dünne erhalten, auch für ihn müsse etwas getan werden, er sei zum Beispiel Autofahrer und es gebe zu wenig gut ausgebaute Straßen.

Es ist diese Logik der Empfindlichkeit („Woran leide ich gerade?“), des sozialen Ungleichheitsgefühls („Was bekommen sie, was ich nicht bekomme?“) und der Abhilfephantasie („Wenn wir nur genug Geld dafür verwenden, wird das Übel schon verschwinden“), die zur Expansion des Wohlfahrtsstaates geführt hat. /.../

Verlangt ist eine Politik der Anspruchsdeflation. Ihre erste Voraussetzung wäre, dass Politik nicht alles kann, ihre zweite, dass das Leben aus Zumutungen besteht, die kein Staat abzuwenden vermag. Aber kann dem Bürger die Einsicht zugemutet werden, dass sein Lebensglück zuletzt nicht von Subventionen abhängt? Man könnte ihn darauf verweisen, dass die Leute auch in Portugal das Leben aushalten.

Wie aber soll ein Politiker mit solchen Botschaften seine Wiederwahl betreiben? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, für wie wachstumsbesessen und egoistisch man die Wählerschaft hält. Und sie hängt davon ab, ob es möglich ist, klare wohlfahrtsstaatliche Prioritäten durchzusetzen, etwa solche zugunsten der Krankenversorgung und zu Lasten anderer Etats, etwa zu Lasten der Rentner, der Arbeitslosen und der Studenten.“

Quelle: Kaube, Jürgen: Der Sozialstaat als Interventionsmaschine?, in: Der Standard, 17.5.2011.
Jürgen Kaube ist Ressortleiter bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.